

Kaiserplatz-Galerie: Bürgerbegehren gegen Straßenverkauf

Von Alfred Stoffels ➤ 01.10.2008, 21:15

Aachen. Die Entscheidung ist gefallen, gegen den geplanten Verkauf großer Teile der Straße Adalbertsberg an die Kaiserplatz-Investoren wird es ein Bürgerbegehren geben. Nach langen Diskussionen hat die Initiative «Kaiserplatz-Galerie – aber anders» beschlossen, den Abwehrkampf entschlossen aufzunehmen.

Begründung: Öffentlicher Straßenraum dürfe nicht so einfach in private Hände gegeben werden. Horst Schnitzler, einer der Sprecher der Initiative, zugleich Ratsherr der Linkspartei, sagte, mit solchen Transaktionen wie am Adalbertsberg würden die Schleusen geöffnet, «denn wo fängt man an, wo hört man auf? Was ist, wenn demnächst ein Investor den Platz vor dem Elisenbrunnen oder den Markt haben will?»

Irgendwann gebe es kein Halten mehr, wenn man nicht rechtzeitig einschreite. Aktueller Anlass für den Entschluss der Bürgerinitiative: Vor wenigen Tagen ist die Frist abgelaufen, in deren Verlauf die «Vergabekanntmachung mit gesetztem Bieter» zu erfolgen hatte, quasi eine europaweite Ausschreibung zwecks Verkauf des Adalbertsbergs.

Wie nicht anders zu erwarten, kommt der einzige Interessent zum Zuge – die Projektentwicklungsgesellschaft PEA (die als Investor/Bauträger von ECE beraten wird).

285 Millionen Euro sollen in die neue Einkaufslandschaft gesteckt werden, die vom Architekturbüro Prof. Kahlen geplant wird. Der dortige Projektmanager Herbert Dierke sagte am Mittwoch, die Straße Adalbertsberg wolle man erwerben, weil deren Überbauung im Vergleich zur ursprünglichen Planung «die bessere Lösung» sei.

Auch sei es von Vorteil, wenn die Kaiserplatz-Galerie mit der eingeführten Adresse «Adalbertstraße» aufwarten könne, was nach Integration des Adalbertsbergs in das Shopping-Center möglich sei.

Die Kritiker des Projekts sehen die Dinge ein bisschen anders. Sie stoßen sich daran, dass eine «historisch gewachsene Straße» ohne Not verschwinden solle.

Das sei nur gut für den Investor, nicht aber im Sinne der Bürger, denen gegenüber die Stadt Aachen eine «Sorgfaltpflicht» habe. Da alle Gespräche mit Politik und Verwaltung keine Veränderung der generell überdimensionierten Planungen zur Folge gehabt hätten, so der Sprecherkreis der Bürgerinitiative, zu dem auch Gerhard Bahr und Christoph Allemand gehören, greife man nun zum Instrument des Bürgerbegehrens.

Wobei betont wird: Wir wollen das Riesending nicht komplett verhindern, wir hätten es nur gern in anderer Form. Als besonders entbehrlich wird das Parkhaus am Kaiserplatz empfunden, das die dortigen Umweltbelastungen noch kräftig erhöhen werde.

Im Übrigen widerspreche der Vorgang eindeutig dem EU-Luftreinhalteplan und sei damit juristisch angreifbar. Zurzeit, so Schnitzler, sei man dabei, Rechtsinformationen einzuholen, ob sich das Bürgerbegehren auch gegen diesen Teil der Kaiserplatz-Galerie richten könne.

Bei der Stadt hieß es am Mittwoch, dem Verkauf des unteren Adalbertsbergs stehe nach erfolgter

«Ausschreibung» nichts mehr im Wege; der Ratsbeschluss liege vor, der Verkehrsausschuss müsse nur noch für die Entwidmung sorgen.

Zum Preis sei zu sagen, dass er sich nach dem örtlichen Grundstücksmittelwert richte. Nach dem aktuellen Zeitplan kann es laut Dierke «theoretisch ab Dezember» die ersten Baugenehmigungen geben.

Dass ein Teil der zum Abriss bestimmten Immobilien immer noch von Mietern und Ladenlokalen genutzt werde, sei kein Hindernis, «allein im Innenbereich haben wir erstmal genug zu tun». Außerdem sei es nicht verkehrt, wenn die Geschäftswelt das Weihnachtsgeschäft noch am angestammten Platz mitnehmen könne.

www.an-online.de/sixcms/detail.php?template=an_detail&id=672560&_wo=Lokales:Aachen